

Niederschrift
31. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Mittwoch, 06.10.2004
Sitzungsbeginn:	17:06 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt

Anwesend waren

vom Ausschuss:

Herr Chatzievgeniou,	SPD	
Frau Dersch,	CDU	für Frau Mehnert
Frau Gottschaldt,	PDS/ML	
Frau Gottschlich,	CDU	
Herr Kissel,	CDU	
Frau Lotz-Halilovic,	SPD	
Frau Perabo, Dr. (Vorsitzende)	B 90 / Die Grünen	
Herr Schäfer,	B 90 / Die Grünen	
Herr Schwindack,	BfM /FDP	(Zählgemeinschaft)
Herr Severin,	SPD	
Frau Wölk,	SPD	
Frau Mehnert,	CDU	entschuldigt

vom Magistrat: Herr Stadtrat Dr. Kahle

vom Seniorenbeirat: Herr Weiershäuser

vom Ausländerbeirat: Frau Engel

von der Verwaltung: Frau Volkert, Frau Siegel-Engelmann, Herr Pöppler, Herr Bardelmann, Herr Zentner und Herr Meyer (FB Familie, Jugend und Soziales), Frau Winter (Gleichstellungsreferat)

von der Agenda Soziales: Frau Bastan-Bahreini

von der Presse: 1 Vertreter der Marburger Neuen Zeitung

Gäste: Frau Albrecht (Ev. Familienbildungsstätte)

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zunächst schlägt die Vorsitzende vor, die Tagesordnungspunkte 2 und 5 gemeinsam zu beraten. Gegen die so geänderte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Protokoll:

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.09.2004

Frau Gottschlich merkt an, dass Herr Severin und nicht sie den Vorschlag zu TOP 5 eingebracht hat.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden besteht Einigkeit im Ausschuss, dass der TOP 5, zweiter Satz, wie folgt beginnen soll:
„Es wird beantragt...“.

Auf eine formale Änderung wird verzichtet.

Die Niederschrift wird mit der Anmerkung genehmigt.

**TOP 2 Antrag der Fraktionen BfM und FDP betr. Marburger Initiative für Kinder
Vorlage: VO/0632/2004**

**TOP 5 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Marburger Bündnis für Familien
Vorlage: VO/0680/2004**

Die Tagesordnungspunkte 2 und 5 werden zusammen aufgerufen und beraten. Herr Schwindack spricht für TOP 2 und Herr Severin für TOP 5. Stadtrat Dr. Kahle spricht für den Magistrat. Nach eingehender Diskussion wird vorgeschlagen, die beiden Anträge zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzuführen.

Ausgehend von TOP 5 sollen die Schwerpunkte der künftigen Aufgaben um die nachfolgenden zwei weiteren Punkte ergänzt werden:

- ***Förderung der Familien als Querschnittsaufgabe aller Fachbereiche der städtischen Verwaltung***
- ***Koordinierte Öffentlichkeitsarbeit mit dem Themenschwerpunkt „Familie und Kinder“***

Der so formulierte Antrag wird als gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, PDS, FDP und BfM zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

**TOP 3 Veröffentlichung des Bewerbungsantrages im Wettbewerb 'Strategien kommunaler Integrationspolitik'
Vorlage: VO/0673/2004**

Stadtrat Dr. Kahle erläutert für den Magistrat die Hintergründe für die Teilnahme am Wettbewerb. Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 4 Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Kein Zwang zu Ein-Euro-Jobs
Vorlage: VO/0675/2004**

Frau Gottschaldt spricht für den Antrag. Nach umfassender Diskussion, wird die Vorlage auf Vorschlag von Frau Dr. Perabo und Herrn Severin wie folgt geändert:

Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Qualitätsstandards für Arbeitsgelegenheiten nach SGB II

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung sieht in der Einrichtung von „Arbeitsgelegenheiten“ kein Mittel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, jedoch eine Möglichkeit, Arbeitslose bei der Eingliederung in das Erwerbsleben zu unterstützen.

Sie sieht die Gefahr, dass dadurch bestehende Arbeitsplätze ersetzt oder erforderliche nicht eingerichtet werden.

Sie fordert den Magistrat und die stadt eigenen Unternehmen auf, solche Arbeitsgelegenheiten nur unter Berücksichtigung folgender Qualitätsstandards einzurichten:

- 1. Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten sollen vorher umfassend über ihre Chancen und die vorhandenen Angebote, über ihre Rechte und Pflichten und über mögliche Alternativen informiert und ggf. beraten werden.***
- 2. Für Arbeitsgelegenheiten infrage kommende Personen sollen die Möglichkeit haben, eine solche Maßnahme abzulehnen (Freiwilligkeit). Sie sollen aber darüber hinaus die Möglichkeit haben, sich Art und Umfang der Tätigkeit in einer Arbeitsgelegenheit selbst wählen zu können. Damit sie eine Wahlmöglichkeit haben, sollen sie aus einem „Job-Pool“ eine für ihre berufliche Integration sinnvolle Tätigkeit auswählen können.***
- 3. Es muss sichergestellt sein, dass dadurch keine bezahlten Arbeitsplätze verdrängt werden. Dabei kann es sich nur um Arbeiten handeln, die derzeit und in absehbarer Zeit nicht erledigt werden. Die Arbeiten können der Qualitätsverbesserung insbesondere in sozialen, kulturellen, ökologischen und infrastrukturellen Bereichen dienen. Eine Verdrängung / Übernahme von bisher im Rahmen der öffentlichen Verwaltung und / oder durch die Vergabe privatwirtschaftlicher Aufträge durchgeführten Arbeiten ist auszuschließen.***
- 4. Die Beschäftigten erhalten eine Qualifizierung durch die ausgeübte – in der Regel angeleitete – Tätigkeit. Sie haben weiterhin einen Anspruch auf zusätzliche Qualifizierung zur Vorbereitung auf eine Stelle am Allgemeinen Arbeitsmarkt.***
- 5. Den Beschäftigten werden sinnstiftende Tätigkeiten angeboten, die gesellschaftlich notwendig und im öffentlichen Interesse sind. Eine Arbeitsgelegenheit besteht aus einer qualifizierten Stellenbeschreibung.***

bung die ggf. ausgeschrieben werden kann (siehe Freiwilligkeit/Wahlmöglichkeit). Darüber hinaus besteht ein Anspruch auf ein qualifiziertes Zeugnis.

- 6. Die Arbeitnehmerrechte der Belegschaft sind zu berücksichtigen. Arbeitsgelegenheiten dürfen nur mit Zustimmung des Personalrates/Betriebsrat (bei städtischen Gesellschaften) eingerichtet werden. Die Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten sollen durch den Personal- / Betriebsrat vertreten werden können. Hierzu sind entsprechende Dienst- bzw. Betriebsvereinbarungen abzuschließen.**

Die Stadtverordnetenversammlung bittet gemeinnützige Träger von Arbeitsgelegenheiten, diese Qualitätsstandards analog zu berücksichtigen.

Begründung:

Laut Grundgesetz haben wir das Grundrecht, „Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ In Artikel 12 GG heißt es weiter: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.“

Der so geänderten Fassung treten die Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen bei.

Der geänderte Antrag wird mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der PDS gegen die Stimmen von BfM / MBL (Zählgemeinschaft) und 1 Stimme der CDU bei einer Enthaltung der CDU angenommen.

**TOP 6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VO/0682/2004**

Frau Gottschlich spricht für den Antrag. Frau Siegel-Engelmann (Fachbereich Familie, Jugend und Soziales) berichtet über die bestehenden Angebote. Alle Fraktionen sehen die Notwendigkeit für flexiblere Betreuungsangebote.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 7 Fortschreibung des Berichts über die Situation der sozialen Dienste in Marburg

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Es besteht Einigkeit, dass bei Bedarf der Bericht in einer der nächsten Sitzungen beraten werden kann.

TOP 8 Bericht zum Ausbau der Tagesbetreuung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe

Der Bericht wurde in der Sitzung vom 08.09.2004 verteilt.

Nach Beantwortung einiger Verständnisfragen wird der Bericht ohne weitere Beratung zur Kenntnis genommen.

TOP 9 Bericht des Magistrats

- a.) Stadtrat Dr. Kahle berichtet über den Sachstand im Rahmen von Hartz IV. Es ist beabsichtigt, nach der Zusammenführung der Aufgaben SGB II, die Bereiche des SGB XII in Kooperation mit dem Kreis bis 01.07.2005 ebenfalls in der Uferstraße zu etablieren.
- b.) Stadtrat Dr. Kahle berichtet, dass der Personalrat angekündigt hat, bei der Vorstandssitzung der Stiftung Sankt Jakob am 13.10.2004 einen Änderungsvorschlag bzgl. des Personalübergangs gemeinsam mit ihrem Rechtsbeistand vorlegen zu wollen. Inhalte sind bisher nicht bekannt.

TOP 10 Verschiedenes

Es wird nichts vorgetragen.

Marburg, 06.10.2004

Vorsitzende:

**Dr. Christa Perabo
Stadtverordnete**

Protokoll:

**Uwe Pöppler
Amtsrat**